

KNE für naturverträgliche Energiewende

Handelsblatt Energie-Gipfel 2020: Rede am 21.01.2020 des KNE-Direktors Dr. Torsten Raynal-Ehrke zur Rolle des Naturschutzes in der Energiewende.

Dr. Torsten Raynal-Ehrke betonte, dass der Naturschutz nicht das zentrale Hemmnis beim Ausbau der erneuerbaren Energien sei. Die zentralen Ursachen für den schleppenden Zubau an Windenergieanlagen an Land lägen vielmehr in langen Genehmigungsverfahren, erschwerenden Rahmenbedingungen (z. B. Abstandsregelungen) und unzureichender Flächenausweisung. Gleichwohl könne und müsse der Naturschutz seinen Beitrag zur Beschleunigung der Energiewende leisten.

Es sei Anliegen des Kompetenzzentrums, den Konflikten mit dem Naturschutz vorzubeugen, Probleme zu analysieren, Lösungsvorschläge zu unterbreiten bzw. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Lösung von Problemen zu organisieren und zu unterstützen.

Die in der Diskussion befindliche sog. Standardisierung könne Genehmigungsprozesse schneller und rechtssicherer machen. Für die Genehmigungen von Windenergieanlagen seien aber die Länder zuständig, so dass hier zunächst diese tätig werden müssten. Eine Reihe von Ländern habe diese Herausforderung bereits angenommen und sei dabei, die entsprechenden Leitfäden und Verordnungen zu überarbeiten. Es sei sein Plädoyer, diese Prozesse noch stärker zu verzahnen, und in dem Maße, wie das sinnvoll und hilfreich sei, auch eine bundesweite Einheitlichkeit herzustellen. In diesem Sinne sei er für eine – von Bund und Ländern gemeinsam entwickelte – untergesetzliche Maßstabsbildung. Es gebe aber durchaus Regelungsbereiche, in denen landesspezifische Lösungen greifen sollten. Standardisierung heiße nicht, dass alle alles gleich handhabten.

Eine gesetzliche Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes sei nicht erforderlich. Das BNatSchG sei bereits geändert worden, und mit der sogenannten Signifikanzregelung seien Ausnahmen für die Errichtung von Windenergieanlagen ermöglicht worden. Inwieweit eine stärkere Anwendung des weiterreichenden Populationsansatzes europarechtskonform möglich ist, sei Gegenstand intensiver Beratungen und Diskussionen, an denen sich das KNE beteilige.

Hilfreich wären auch klarere Regeln für eine naturverträgliche Standortfindung. Auf Flächen, die für die Windenergie ausgewiesen würden, sollten Vorhaben *in aller Regel* nicht mehr an Artenschutzfragen scheitern. Die Vorhabenträger bräuchten Rechtssicherheit. Konzentrationszonen sollten daher im Zusammenwirken von Naturschutzbehörden und Naturschutzorganisationen so festgelegt werden, dass dort praktisch keine Planungshindernisse oder -risiken mehr beständen. So würden Klagerisiken minimiert.

Raynal-Ehrke verwies auch darauf, dass nach neuesten Studien, diejenigen, die sich vor Ort für den Ausbau der erneuerbaren Energien engagierten, systematisch die Akzeptanz *für* ihre Vorhaben unterschätzten. Eine laute und medienerfahrene Gegnerschaft bedeute aber nicht, dass diese die Mehrheit repräsentiere. Der allgemeine und zumeist vehement vorgetragene Vertretungsanspruch mancher Bürgerinitiative sei durchaus hinterfragbar.

Er bemerkte zudem abschließend, dass es eine dringende gesellschaftliche Aufgabe sei, die Energiewende auch mit *positiven* Emotionen zu verbinden. Deshalb sollten zum Beispiel die Beiträge der Energiewende zum Naturschutz auch sichtbar gemacht werden. In der Praxis werde mehr für den Natur- und Landschaftsschutz getan, als die Bürgerinnen und Bürger mitbekämen. Insbesondere die teilweise großartigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen würden oft nicht wahrgenommen, da sie zumeist nicht am Ort des Eingriffs in die Natur umgesetzt oder der Öffentlichkeit nicht angemessen dargestellt würden.